

zierungsbedingungen für Unternehmen seien schließlich gut, die Strukturreformen sollten mit der Zeit ihre wachstumsfördernden Wirkungen entfalten, Modernisierungsinvestitionen müssten doch irgendwann getätigt werden, es fehle nur an Vertrauen und Zuversicht. Ein paar positive Signale, am besten von der europäischen Politik, und die zurückgehaltenen Wachstumskräfte werden sich wieder ungehemmt entfalten.

Zwar ist seit Jahresmitte vermehrt zu lesen, die Konjunkturwende sei geschafft, der Aufschwung sei bereits im Gange, weil wieder ein leichtes Plus vor den BIP-Wachstumsraten steht. Da allerdings in denselben Dokumenten (wie etwa der Presseinformation des WIFO vom 9.9.2013) konstatiert werden muss, die Arbeitslosigkeit steige weiter, scheint dies eher darauf hinzuweisen, dass einfach die Erwartungen an einen Aufschwung in den letzten Jahren deutlich reduziert wurden, ist doch vielfach von Wachstumsraten unter einem Prozent die Rede – also viel zu wenig für einen echten Aufschwung, welcher auch eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage beinhalten sollte.

Falsche Theorie, erfolglose Politik

Basiert die Prognose einer Konjunkturbelebung tatsächlich auf diesen oder ähnlichen Annahmen, so ist der „Taxi-Effekt“ vorprogrammiert („... es kommt nicht, kommt nicht, kommt nicht ...“). Sich auf die Dynamik außerhalb Europas zu verlassen, kann auf Dauer nicht ausreichen. Abgesehen davon, dass zur Zeit auch einige der globalen Konjunkturlokomotiven wie China schwächeln, ist dabei nicht plausibel, wie dies den großen Elan in die europäische Wirtschaft bringen soll, da doch diese knapp 90% ihres Außenhandels untereinander abwickelt. Bei einer solchen Konstellation ist die Mobilisierung der endogenen Wachstumskräfte gefragt. Und genau dieser steht die neoliberal ausgerichtete europäische Wirtschaftspolitik entgegen.

Ein Kardinalfehler betrifft schon die Entstehung der Krise. Die Neoklassik geht von effizienten Finanzmärkten mit rationalen Akteuren aus, auf welchen die Preise den fundamentalen Wirtschaftsdaten folgen, wodurch diese Märkte stabil und wohlstandssteigernd seien. Dass unzureichend regulierte Finanzmärkte, die weit abgehoben von der Realwirtschaft agieren, eine massive Wirtschaftskrise auslösen, war in diesem Modell nicht vorgesehen. Das zweite Problem betrifft die Krisenbekämpfung. Die neoklassische Theorie postuliert negative Auswirkungen der Staatstätigkeit auf die wirtschaftliche Entwicklung. Umfassende Budgetkonsolidierungen hätten daher keine negativen Auswirkungen auf Nachfrage und Arbeitsmarkt – im Gegenteil, es würden durch die Verbesserung der Erwartungen von Konsumenten und Investoren sogar positive Effekte eintreten.